

Dirk Oetzel: Kritik von Hix ist abenteuerlich

„Bemerkenswert, mit welcher Vehemenz der Bürgermeister der Stadt Bad Sooden-Allendorf, Frank Hix, einen Schlagabtausch gegen den hiesigen Bundestagsabgeordneten Michael Roth zum Thema ‚Neuorganisation des SGB II‘ anzettelt. Wenn er sich über dieses Thema profilieren will, so ist dies denkbar ungeeignet,“ so SPD-Unterbezirksvorsitzender Dirk Oetzel.

„Festzuhalten bleibt, und dies kann auch von Bürgermeister Hix, der übrigens keinerlei Zuständigkeiten in diesem Bereich hat, nicht bestritten werden: Die aufgrund der Verfassungswidrigkeit der Arbeitsgemeinschaft gebotene Neuorganisation des SGB II ist in der vergangenen Legislaturperiode daran gescheitert, dass der sogenannte Scholz-Rüttgers-Vorschlag für eine Verfassungsänderung und die damit verbundene Implementierung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung mit dem Anspruch einer dauerhaften Entfristung der bisherigen Optionskommunen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Ablehnung gestoßen ist. Zu behaupten, dies sei ein Versäumnis des SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Roth, ist schon abenteuerlich,“ so Oetzel.

Überdies heiße es im aktuellen schwarzgelben Koalitionsvertrag wörtlich, dass die Koalition eine verfassungsfeste Lösung ohne Änderung des Grundgesetzes und ohne Änderung der Finanzbeziehung anstrebe, führt Oetzel weiter aus. „Das heißt konkret, eine Grundgesetzänderung soll es nicht geben, obgleich eine Verfassungswidrigkeit besteht. Die bestehenden Finanzbeziehungen sollen nicht geändert werden,“ erläutert der SPD-Vorsitzende.

Dies bedeute in der Konsequenz also sowohl eine getrennte Aufgabenwahrnehmung als auch die Begrenzung für die freiwilligen Vereinbarungen zwischen kommunaler Ebene und BA. „Wegen dieser schwarzgelben Weichenstellung verbleibt als Lösungsmodell nur die getrennte Aufgabenwahrnehmung, was jedoch das Bundesverfassungsgericht keineswegs als Ziel vorgegeben hat“, stellt Dirk Oetzel klar. Dies trete lediglich dann zwangsläufig ein, wenn der Weg der Aufgabenübertragung auf die Länder und abschließend auf die Kommunen nach geltendem Verfassungsrecht nicht beschränkt und zugleich eine Verfassungsänderung ausgeschlossen werde.

„Darüber hinaus kann nach Artikel 87 des Grundgesetzes die BA nicht ermächtigt werden, als Sozialverwaltungsbehörde tätig zu werden. Eine Arbeits- und Aufgabenbündelung der BA ist nicht zulässig, da sie nicht als länderübergreifender Sozialversicherungsträger legitimiert ist. Dies sollte einem Bürgermeister, der sich rühmt, Rechtsanwalt in dem Fachgebiet ‚Arbeits- und Sozialrecht‘ gewesen zu sein, eigentlich klar sein“, so Dirk Oetzel wörtlich.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

„Es wird Zeit, dass auch Herr Hix anerkennt, dass es ausgerechnet seine Partei ist, die nicht bereit ist, eine verfassungskonforme Lösung herbeizuführen, die die guten Ansätze im Rahmen der Mischverwaltung integriere“, macht der SPD-Politiker deutlich. Hier gehe es wohl eher um parteitaktische Spielchen: „Warum sonst hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den neuerlichen SPD-Vorschlag der Zusammenarbeit vom Dezember abgelehnt?“, fragt sich Oetzel und weiter: „Wünschenswert wäre auch, wenn sich der Bürgermeister der Stadt Bad Sooden-Allendorf aus Themen, die sich nicht in seinem originären Aufgabenbereich befinden mit seinen nachweislich falschen Aussagen zurückhalten würde“, fordert der SPD-Unterbezirksvorsitzende den Bürgermeister auf.

Daneben sei schleunigst Handlungsbedarf und Bewegung auf Seiten der Bundesregierung gefragt, um den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Klarheit zu verschaffen. „Es wäre fatal, wenn durch die Unfähigkeit der schwarzgelben Bundesregierung eine zusätzliche Arbeitslosigkeit im öffentlichen Bereich ausgelöst wird“, so Oetzel abschließend.